

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 4 38. Jg.

23. Jan. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Roniger, Berlin N 24, Elsassstraße 85-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. -- Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 40 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. Zuschriften an die Expedition erbeten.

Gegen Brot- und Milchverteuerung.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben den in Frage kommenden Reichs- und Staatsbehörden am 16. Januar 1925 zwei Erklärungen zugehen lassen. Die erste Erklärung lautet:

Gegen die Einführung von Mehlzöllen.

Im „Vorwärts“ Nr. 22 vom 14. d. M. ist ein Rundschreiben des „Vereins deutscher Handelsmüller“ vom 12. d. M. an seine Mitglieder abgedruckt, in dem der Verein diese auffordert, auf Abgeordnete der verschiedensten Parteien einzuwirken, ebenso auf die maßgebenden politischen Körperschaften, um das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu veranlassen, auf dem Wege der Verordnung Mehlzölle einzuführen.

Angesichts der Tatsache, daß die Mehlpreise zur Zeit noch immer wie auch die Preise fast aller anderen Massennahrungsmittel ganz erheblich höher als vor dem Kriege stehen, halten es die unterzeichneten Gewerkschaftsbünde für ihre dringende Pflicht, gegen die Einführung von Mehlzöllen entschieden Einspruch zu erheben. Sie müßten das auch dann tun, wenn diese Einführung auf gesetzlichem Wege vor sich gehen sollte. Die Art jedoch, wie der genannte Verband diese Einführung erstrebt, muß, da durchaus ungesetzlich, erst recht abgelehnt werden. Zugleich aber zeigt die Art des Vorgehens des „Vereins deutscher Handelsmüller“, daß man in seinen Kreisen sich darüber klar ist, daß aus volkswirtschaftlichen Gründen ein Mehlzoll nicht zu rechtfertigen ist, und deshalb nicht den Mut hat, seine Forderung auf geraden Wegen zu vertreten. Um so mehr betonen die Unterzeichneten die Unberechtigung des Verlangens nach Mehlzöllen, die auch durch die Gegenerklärung des genannten Verbandes nicht behoben worden ist.

Die zweite Erklärung der Spitzenverbände bezweckt eine Herabsetzung der Milchpreise.

Aus einer Notiz in der „Dresdener Volkszeitung“ vom 13. d. M. ergibt sich, daß die für die Milchbelieferung der sächsischen Städte in Frage kommenden Körperschaften mit Ausnahme einiger landwirtschaftlicher Organisationen sich darauf geeinigt haben, den Preis für die Milch auf 20 bzw. 19 Pfennige je Liter herabzusetzen mit einem Zuschlag von 2 Pfennigen für Lieferung frei Stelle. Dieser Preis soll bereits vom 12. d. M. ab gelten.

Für Berlin und eine große Anzahl anderer großer Städte ist bekanntlich der Milchpreis noch erheblich höher, in Berlin zur Zeit 35 bis 32 Pfennige. Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sind der Auffassung, daß bei einem tatkräftigen Eingreifen der in Frage kommenden Reichs- und Staatsbehörden es möglich sein müßte, auch für Preußen und eventuell andere Landesteile einen entsprechend ermäßigten Preis herbeizuführen.

Wir richten deshalb an die in Frage kommenden Behörden die dringende Aufforderung, nichts unversucht zu lassen, daß diese notwendige Preisherabsetzung für Milch eintritt. Über die Gründe und Wirkungen einer solchen Preisherabsetzung für die Volksernährung und Volksgesundheit glauben wir weitere Ausführungen nicht machen zu sollen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Allgemeiner freier Angestelltenbund,
Deutscher Gewerkschaftsring,
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund,
Deutscher Beamtenbund.

Ein wichtiger Beschluß des Reichswirtschaftsrates.

Ein Jahr nach dem Erlaß der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 hat sich der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates für die Wiedereinführung der Achtstundenschicht in der Schwerindustrie entschieden. Der Beschluß ist für die Frage des Achtstundentages in Deutschland überhaupt von größter Bedeutung.

Die Vorgeschichte des Beschlusses ist bekannt. Auf Anregung des Reichsarbeitsministeriums beschäftigte sich ein Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates mit der Möglichkeit der Wiedereinführung des Achtstundentages. Es sollte ein Gutachten erstattet werden; den Untersuchungen lag der § 7 der Arbeitszeitverordnung zugrunde, nach dem gegen die Zwölfstundenschicht in Hochofenwerken, in Verkokungs- und Kohlendestillations-Anlagen, die auch Sonntags arbeiten müssen, die schwersten Bedenken bestehen. Obwohl vom Reichsarbeitsminister die Angelegenheit als dringlich bezeichnet wurde, setzten die Arbeitgeber alles ein, die Unterhandlungen zu verschleppen. Die öffentliche Erörterung des Achtstundentages sollte eben in Rücksicht auf das kommende Arbeitszeitgesetz möglichst hintangehalten werden. Kennzeichnend für die Haltung des Unternehmertums ist folgendes Rundschreiben der sattsam bekannten nordwestlichen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller:

An unsere Herren Mitglieder!

Hierdurch zur gefälligen Nachricht, daß wir laut Beschluß unserer Sitzung großen Wert auf Überstunden legen, besonders bei den Gruppen Schwerarbeiter, um bei den kommenden Arbeitszeitverhandlungen mit greifbaren Belegen entgegenwirken zu können.

Wir bitten hiervon Kenntnis nehmen zu wollen und uns diesbezügliches Material sofort, mindestens aber zum 31. Dezember 1924 zuzusenden.

Gez. I. A. Raabe.

Anfang Dezember aber teilte der Arbeitsminister dem Reichswirtschaftsrat mit, daß sich

das Kabinett angesichts der wachsenden Beruhigung der Arbeiterschaft bereits am 10. Dezember mit der Frage beschäftigt hätte und nach Möglichkeit das Gutachten des Reichswirtschaftsrates abwarten wolle. Angesichts der dem Arbeitsminister nach § 7 Abs. 2 der Arbeitszeitverordnung obliegenden gesetzlichen Verpflichtung zum Erlaß der fraglichen Bestimmungen könne jedoch ein Abwarten über den Anfang Januar 1925 hinaus nicht verantwortet werden.

So fiel denn die Entscheidung am 10. Januar 1925 im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates, nachdem sich im Arbeitsausschuß keine Einigung ergeben hatte. Über die Auffassung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer referierte dort Prof. Dr. Heyde. Seine Ausführungen bestätigten unsere Meinung, daß Vermittlungsvorschläge angesichts der Haltung der Unternehmer scheitern müßten. Die Unternehmer selbst gaben zwar zu, daß die Zwölfstundenschicht in den Hochofenwerken usw. nicht auf ewig beibehalten werden sollte, lehnten es aber entschieden ab, dafür irgend einen bestimmten Zeitpunkt vereinbaren zu wollen. Wie ein roter Faden zog sich durch ihre Reden, daß Sozialpolitik erst getrieben werden dürfe, wenn es die Wirtschaft wieder gestatte, wobei natürlich immer an die Profitrate gedacht ist. Gegenüber dem erdrückenden Material, das die Arbeitnehmer zur sozialpolitischen Bedeutung der Achtstundenschicht, die in den betreffenden Betrieben einschließlich des Sonntags doch immer noch 56 Stunden wöchentliche Arbeitszeit ausmacht, betonten die Arbeitgeber dauernd den „Unterschied“ zwischen Schichtzeit und Dauer der tatsächlichen Arbeitszeit. Bis auf Minuten und Sekunden ist der Frondienst dieser Schwerarbeiter zerlegt worden, in Pausen, Arbeitsbereitschaft, Beobachtungsdienst und Arbeitsdienst, so daß ein humorvoller Arbeitnehmer meinte: wenn die effektive Arbeitszeit jener Arbeiter so gering, der Aufenthalt in den Werken so gar nicht gesundheitsschädlich wäre, könnte man die Hochofenwerke geradezu zum Ferienaufenthalte empfehlen.

Die Hinweise auf die hohen Krankheits- und Unfallziffern, die Nichteinstellung von Arbeitern über 40 Jahren, und die umfangreiche Begrün-

dung für die Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit wurden mit den unglücklichsten Argumenten abgetan.

Im ganzen trat auf der Gegenseite das sozialpolitische Moment gegenüber den wirtschaftlichen Gesichtspunkten völlig in den Hintergrund. Mit Zahlen, die von den Arbeitnehmern nicht ohne Grund als Tendenzzahlen angesehen werden, soll bewiesen werden, daß die Dreischichtarbeit für die Großeisenindustrie nicht tragbar sei. Das z. B. für die heutige „Verlustwirtschaft“ beigebrachte Zahlenmaterial geht aber von einer gänzlich undurchsichtigen Berechnung der Selbstkosten aus, so daß sich damit schließlich alles beweisen läßt. Auch wird die prozentuale Schätzung der mit der Arbeitszeitverkürzung verbundenen Steigerung der Arbeitsintensität einfach abgestritten.

Mit Hilfe der Abt. III (Verbraucher) wurde dann mit 13 gegen 14 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen folgender Antrag der Abt. I (Arbeitnehmer) angenommen. Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates empfiehlt dem Reichsarbeitsminister, Hochofenwerke, Verkokungs- und Kohlendestillationsanlagen als Gesamtanlage den Bestimmungen des § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 25. Dezember 1923 zu dem vom Reichskabinett in Aussicht genommenen Termin, dem 1. März 1925 zu unterstellen. Der Antrag Wis-kott (Arbeitgeber) „Der Ausschuß gibt sein Urteil dahin ab, daß einer Verkürzung der Arbeitszeit in den gesamten Hochofen- und Kokereibetrieben nicht zugestimmt werden kann“ wurde abgelehnt. Ebenso ein Vermittlungsantrag der folgenden Wortlaut hat: „Falls der Herr Reichsarbeitsminister sich im Sinne des Antrages Wis-kott entscheiden sollte, wird er ersucht, vom vorläufigen Reichswirtschaftsrat in periodischen Zwischenräumen und zwar erstmals am 1. April 1925, ein Gutachten über die wirtschaftliche Tragbarkeit einer Rückkehr zum Dreischichtensystem in Hochofenwerken, Kokereien und Kohlendestillationsanlagen einzufordern. Der sozialpolitische Ausschuß bringt zum Ausdruck, daß er eine solche Rückkehr nur für eine Frage des Zeitpunktes hält, an dem die wirtschaftliche Lage nicht nur dazu zwingt, die schweren sozialpoli-

tischen Bedenken gegen das Dreischichtensystem zurückzustellen.

Somit hatten die Vernunft und die Arbeitnehmer gesiegt. Der Beschluß des Reichswirtschaftsrates ist, wie schon oben bemerkt, von grundsätzlicher Bedeutung. Er ist vor allem eine nicht hoch genug zu wertende Anregung, dieselbe Beschränkung der Arbeitszeit auch für andere Industrien durchzusetzen, die ohne Zweifel unter den § 7 der Arbeitsverordnung fallen. Die Entscheidung liegt nun in der Hand des Reichsarbeitsministers. Er wird und ist bereits mit Eingaben der Schwerindustrie überschüttet, es bei der verlängerten Schichtzeit zu lassen. Demgegenüber ist der Beschluß des Reichswirtschaftsrates eine klare Betonung, daß den Wünschen des deutschen Unternehmertums aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht nachgegeben werden darf.

Ende der Arbeiteraktie bei Krupp.

Es lag im Zuge der nachnovemberlichen Entwicklung, daß die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten an den Produktionsunternehmungen lebhaft diskutiert wurde. Arbeiteraktien sollten geschaffen werden, die den Arbeitern und Angestellten einen gebührenden Anteil am Produktionsertrag gewährleisten sollten. Stinnes und andere Großindustrielle sahen hierin einen vollwertigen Ersatz für die von den Arbeitern stürmisch verlangte Sozialisierung. Auch die nichtsozialistischen Gewerkschaftsgruppen unterstützten die Forderung nach Einführung der Arbeiteraktien. Erwarteten sie doch hierdurch einen weiteren Einfluß auf die in Aktienform betriebenen Unternehmungen. Kurzum man schwamm allenthalben in eitel Wonnen, die entsprechende Abänderung des Aktiengesetzes wurde in Aussicht gestellt.

Unter den wenigen Unternehmungen, die wirklich mit der Schaffung von Arbeiteraktien Ernst machten, befand sich die Firma Krupp in Essen. Bei einer im Jahre 1921 erfolgten Kapitalerhöhung wurde auch eine Aktienkategorie Lit. D. geschaffen in Höhe von 100 000 000 Mk., die von Werksangehörigen zu einem Kurs von 110 Prozent übernommen werden sollten. Es waren Namensaktien mit einem Nennbetrag von 1000 Mark. Je eine Aktie konnte ein einfaches Stimmrecht in der Generalversammlung ausüben, wogegen die im Besitze der Familie Krupp befindlichen Stammaktien A. ein zehnfaches Stimmrecht besaßen. Von Teilen der Kruppischen Arbeiter- und Beamtenschaft wurde von dem Bezugsrecht Gebrauch gemacht und die Aktien gegen Umwandlung in bei der Werksparkasse sich befindlichen Sparguthaben oder durch Barzahlung erworben. Die Arbeiteraktien wurden in das Aktienbuch der Firma eingetragen. Die Verwaltung übernahm eine Treuhändergesellschaft.

Man konnte gespannt sein, wie die Firma Krupp das Problem der Arbeiteraktien in der Goldmarkbilanz und auf Grund einer stabilen Währung behandeln würde. Doch ver auf eine endgültige Realisierung des Planes der Arbeitergewinnbeteiligung gehofft hatte, sieht sich geäuscht. War doch schon bei der Schaffung der Aktien das Schicksal derselben in die Hände des Aufsichtsrates gelegt. Dieser konnte die Einziehung der Aktien beschließen. Man war also von vornherein vorsichtig. Von diesem Recht hat der Aufsichtsrat jetzt Gebrauch gemacht. Die D-Aktien werden nach Beschluß von Aufsichtsrat und Generalversammlung, die jetzt stattfanden, eingezogen. Gleichzeitig wird über die ganzen Aktien ein soziales Mäntelchen gebreitet, indem nicht der Goldwert der Aktien bei der Einzahlung (angeblich soll dieser 600 000 Goldmark betragen haben) sondern eine Aufwertung auf insgesamt drei Millionen G.-M. ausgezahlt wird. Die Einziehung der Arbeiteraktien wird von der Verwaltung damit begründet, daß den D-Aktionären eine Dividende auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht garantiert werden könne.

Somit nimmt ein Experiment ein Ende, das die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zu mildern berufen sein sollte. Überdies sollten die Werksangehörigen am Gewinn des Unternehmens interessiert und damit ein Vorteil der Gesellschaft erzielt werden. Die Firma Krupp benutzte die Gelegenheit der Gold-Eröffnungsbilanz, um sich eines nutzlosen Balances zu entledigen. Wenn die Firma für später die Wiederholung des Experiments in Aussicht stellt, drängt sich die Frage auf, warum sie nicht jetzt die Gelegenheit beim Schopfe nahm und im Gegensatz zu alledem zur Liquidation schritt. Die Pessimisten haben wieder einmal recht behalten: Es gibt keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Noch viel weniger sind die Unternehmer gewillt, die Arbeiterschaft an den in Aussicht stehenden Gewinnen teilnehmen zu lassen. Von einem etwa damit verbundenen Stimmrecht in den Generalversammlungen erst gar nicht zu reden. Übrig bleibt nur der lückenlose Zusammenschluß in den Ge-

werkschaften, um in Gestalt hoher Löhne und Gehälter der Arbeiter- und Angestelltenschaft am Produktionsertrag teilnehmen zu können. Alles andere ist Quacksalberei und darauf berechnet von den wahren Zielen abzulenken.

Gewerbliche Aussichten und Notwendigkeiten.

Besserung der Weltwirtschaftslage.

Ein wesentlicher Faktor beim Abstecken der gewerkschaftlichen Taktik ist die Lage des Arbeitsmarktes. Gibt es viel brachliegende Arbeitskräfte in einem Beruf oder einer Industrie, muß notwendigerweise die gewerkschaftliche Strategie eine andere sein, als wenn Arbeitskräfte wie Stecknadeln gesucht werden. Je besser die Lage des Arbeitsmarktes ist, desto mehr besteht Aussicht, den Unternehmern gegenüber die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen. Kein Wunder deshalb, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft mit Aufmerksamkeit die Lage des Arbeitsmarktes beobachtet, die nicht nur Gradmesser auf- oder absteigender Konjunktur ist, sondern auch voraussehen läßt, ob Arbeitslosigkeit und damit Not und Entbehrung oder Arbeitsmöglichkeit, und damit erfolgreicher Gewerkschaftskampf, die nächsten Stunden der Zeit regiert.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wirtschaftslage muß die Lage des graphischen Gewerbes wenigstens für das letzte Viertel des vergangenen Jahres als gut bezeichnet werden. Soweit die Teile des graphischen Gewerbes in Frage kommen, deren Arbeitskräfte unserm Organisationsgebiet angehören, ist schon seit dem Beginn des zweiten Drittels des Jahres 1924 mit einer guten Geschäftslage zu rechnen. Vom Standpunkt des Arbeitsmarktes aus betrachtet, muß sogar von einer gewerblichen Hochkonjunktur gesprochen werden. Ist auch sicher, daß die in letzter Zeit gezeigte Nachfrage nach gewerblichen Arbeitskräften den wirklichen Bedarf übersteigt, so ist gerade dieses Symptom Beweis dafür, daß geeignete Arbeitskräfte nicht ohne weiteres zu haben sind.

Diese Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes ist zugleich auch der Maßstab für die Lage unserer Gewerbe. Sie ist schlechthin eine gute! Daß unsere Gewerbe nach dem Gelingen einer Währungsstabilisierung in den Zustand guter Beschäftigung kommen würden, ist von den führenden Kollegen unseres Verbandes richtig vorausgesehen worden. Wenn wir in den Zeiten des rapiden Verfalles der deutschen Währung wiederholt den Kollegen nahelegten, der Einsicht und Vernunft Gehör zu schenken und ihre Kraft nicht nutzlos zu opfern, sondern mit dem geringsten Kraftaufwand das Möglichste erreichen zu suchen, so geschah das aus der durch die Zeit als richtig erwiesenen Erkenntnis, daß sich die Inflation selbst auffressen und eine für die Wirtschaft mit Nöten verbundene Währungsstabilisierung gebären muß. Diese Wirtschaftsnöte mußten sich notwendigerweise in einem Kapitalmangel äußern, der bei einer erzwungenen strengen Finanzpolitik in gar nichts anderem als einer Flucht aus den Sachwerten eine vorübergehende Hebung finden konnte. Flucht aus den Sachwerten konnte aber nichts anderes als weit über die vorhandene Kaufkraft hinausgehendes Warenangebot sein. Wie der Warenmangel die Reklame fast erschlagen hätte, so mußte das Warenangebot die Reklame beleben. Wenn besonders das deutsche Steindruckgewerbe trotz starken Rückganges seines Exportes in gute Beschäftigung kam, so ist das in erster Linie eben durch die vergangene Zeit erzeugten inneren Bedürfnisse zuzuschreiben.

Daß die durch besondere Umstände erzeugten inneren Bedürfnisse nach Umfluß einer entsprechenden Zeit unter Beachtung der durch die Umwertung aller Werte erzeugten Verschiebung auf ihren durch das laufende Bedürfnis bestimmten Stand zurückkehren, ist allen Kollegen klar, die für wirtschaftliches Geschehen nicht blind sind. Es beschäftigt sie deshalb mit Recht die Frage, wann wird der Zeitpunkt da sein, da das innerdeutsche Bedürfnis auf seinem normalen Stand angelangt sein wird? Diese Frage ist nicht nur sehr schwer zu beantworten, sondern auch falsch gestellt. Denn das, worauf es ankommt, ist doch: wie wird sich die Lage unserer Gewerbe zukünftig gestalten? Und wie nur aus der zusammenhängenden Betrachtung des wirtschaftlichen Geschehens der Gang der Vergangenheit richtig erkannt werden konnte, so ist es auch für die Zukunft nur möglich, aus demselben Geschehen deren Gang zu resultieren.

Wenn wir unserem Neujahrsartikel den Titel „Vorwärts und aufwärts“ gaben und in ihm der Zuversicht gewerkschaftlichen Aufstieges Ausdruck gaben, so geleitet von der Erkenntnis der zukünftigen Besserung der weltwirtschaftlichen Konjunktur. Und alle Volkswirtschaftler sind sich einig darüber, daß mit einer wesentlichen Besserung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse zu rechnen ist. Die Gründe dafür wer-

den treffend in folgender Auslassung zum Ausdruck gebracht:

„Die Beseitigung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen hat in allen Ländern erhebliche Fortschritte gemacht, und die Hindernisse, die der Entwicklung zu einem normalen Verhältnis zwischen Produktion und Konsum, zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft entgegenstehen, werden immer geringer; wenn auch der Zeitpunkt ihres endgültigen Verschwindens noch weit in der Zukunft liegen mag. Die aufwärtsgerichtete Preisentwicklung, die auf den Rohstoffmärkten in den letzten Monaten vor sich ging, ist als Auftakt zu einer allgemeinen weltwirtschaftlichen Geschäftsbelebung zu bewerten. Fast alle industriellen Rohstoffe und Nahrungsmittel sind erheblich teurer geworden. Denn die nach jahrelanger Zurückhaltung jetzt beständig zunehmende Nachfrage vermochte natürlich nicht schnell genug eine wirksame Steigerung der Produktion zu veranlassen und wirkte sich daher zunächst in mehr oder minder starker Abnahme der aufgespeicherten Vorräte und andererseits in Preiserhöhungen aus. Während bisher an den meisten Warenmärkten das beherrschende Problem in einer möglichst wirkungsvollen Einschränkung der Produktion und einer möglichst unauffälligen Liquidierung der vorhandenen Vorräte bestand, hat es sich bereits jetzt in vielen Fällen in sein Gegenteil verwandelt und wird unter der Voraussetzung weiterer Steigerung der Welt-Kaufkraft in kurzer Zeit lauten: „Wie kann die Erzeugung in einem Maße gesteigert werden, das zwar nicht die Gefahr der Überproduktion abermals akut werden läßt, aber doch groß genug ist, um die aufstrebende Nachfrage nicht infolge zu hoher Preise vorzeitig einzuschränken, sondern um ihre Entwicklung zu einer ‚Normalhöhe‘ zu beschleunigen?“ Bei vielen Rohstoffen liegen jedoch zwischen dem Entschluß zur Produktionssteigerung und ihrem Wirksamwerden erhebliche Zeiträume, die nur zum Teil durch weitreichende Termingeschäfte überbrückt zu werden vermögen. So ist es wahrscheinlich, daß auf den meisten Märkten zunächst noch die Preissteigerung die hauptsächlichste Wirkung der gestiegenen Nachfrage bleiben wird. Dazu kommt ein weiterer Faktor, der die baldige automatische Mehrerzeugung in Frage stellt, in der Tatsache, daß die monopolistische Beherrschung einer Reihe von Rohstoffmärkten während der letzten Jahre noch wirkungsvoller geworden ist, als sie schon stets war; so besteht die Möglichkeit einer künstlichen Einschränkung des Angebotes in manchen Waren zum Zwecke stärkster Ausnutzung der übrigen preistreibenden Faktoren, die vielfach lange Zeit hindurch erfolgen kann, ehe ein Sinken der Nachfrage die Produzenten zum Nachgeben zwingt. Immerhin ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Konjunkturbelebung an allen Rohstoffmärkten eine Zunahme der Erzeugung und damit ein Aufheben der allgemeinen Preissteigerungen, also den notwendigen Ausgleich des gegenwärtig anormalen Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage, zur Folge haben wird.“

Die allgemein sich zeigende weltwirtschaftliche Belebung hat in den Vereinigten Staaten schon zu einer ganz ansehnlichen Steigerung der Wirtschaftsprosperität geführt, der England zögernd folgt und mit ihm die nordischen Staaten. Alle diese Staaten waren vor dem Kriege gute Abnehmer unserer gewerblichen Erzeugnisse. Ebenso bahnt sich in Rußland, das ebenfalls kein schlechter Abnehmer unserer gewerblichen Erzeugnisse war, wenn auch äußerst langsam und vielleicht mit noch manchen Wechseln verbunden, die Erkenntnis der weltwirtschaftlichen Lage an. Die Tatsache, daß die jetzigen Wirtschaftsführer Sowjetrußlands immer wieder betonen, daß die in letztvergangener Zeit mit Hochdruck kultivierte Genossenschaftswirtschaft nur ein Mittel, nicht das Allheilmittel zum Aufbau der russischen Wirtschaft sei und dem freien Handel ein gewisser Spielraum gelassen wird, zeigt an, daß man sich auch in Rußland dazu bequem muß, den Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Wie das übrige Amerika, so wird auch das europäische Festland von der nordamerikanischen Wirtschaftslage bestimmt beeinflusst. Es würde weit über den Rahmen dieser Betrachtung hinausgehen, die zwingenden, von Amerika ausgehenden kommerziellen Gründe darzulegen, die die intervalutarischen Länder Europas veranlassen, in Kürze zu einem der Weltmarkt angepaßten Preisverhältnis zu kommen. Sind auch Italien, Frankreich und Belgien nie wesentliche Absatzgebiete für unsere gewerblichen Produkte gewesen, sofern man von der Auslieferung von Postkarten absieht, so stellten sie doch infolge der Inflationsauswirkungen nicht selten einen recht unangenehmen Konkurrenten dar. Die sich anbahnende Besserung der Weltwirtschaftslage muß naturnotwendigerweise in diesen Ländern die inflationistischen Erscheinungen unterbinden, was natürlicherweise auch die inflationistische Konkurrenz unterbinden muß. Ist

auch Deutschland einen gesonderten Weg der Währungsstabilisierung gegangen: Die wirtschaftlichen Folgen jeder Währungsstabilisierung sind immer die gleichen, wie ja auch die wirtschaftlichen Folgen jeder Inflation immer die gleichen sind.

Neben der Besserung der Weltwirtschaftslage, die in normalen Verlauf der Dinge mit Naturnotwendigkeit einen größeren Absatz unserer Produkte auf dem Weltmarkt erwarten läßt, kommt noch ein anderer wichtiger Faktor in Frage: Die Industrialisierung Asiens. Ist auch Deutschland durch den Ausgang des Krieges davon ausgeschlossen, mit Hilfe imperialistischer Mittel sich einen gewissen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung Asiens zu sichern: Dem Kaufmann steht der Weg nach Asien offen! Und daß auch unsere Gewerbe für ihre Produkte in Asien Abnehmer finden, dafür ist die Praxis bester Beweis. In welchem Maße dieses Absatzgebiet für unsere Gewerbe und unsere Produkte aufnahmefähig gemacht werden kann, hängt neben der Industrialisierung Asiens wesentlich mit davon ab, welche Beachtung unsere Gewerbe Asien als gewerbliches Absatzgebiet schenken.

Zur Lage im Formstechergewerbe.

Wie schon berichtet, konnten die Lohnverhandlungen im Formenstich am 4. Januar zu keinem für beide Teile annehmbaren Ergebnis geführt werden, weshalb die von den Vertragsparteien ernannten Unterhändler resultatlos Hannover verlassen mußten. Auch die weiterhin von Gehilfenseite gemachten Bemühungen, erneuten Verhandlungen die Wege zu ebnen und den Formstechergehilfen einen den Notwendigkeiten des Lebens angepaßten tariflichen Mindestlohn zu sichern, waren vergeblich. Was deshalb zu erwarten war, ist eingetreten: Die Formstecher haben in allerorts gut besuchten Versammlungen das Angebot der Unternehmer von 5 Pfg. Lohnzulage die Stunde einmütig abgelehnt und den Kampf um ausreichenden Lohn verlangt.

Daß in solcher Situation es unmöglich sein würde, die ausständigen Kollegen in Einbeck zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen zu können, hätte man sich vorweg denken können, auch wenn man die zugestandene Erhöhung des Lohnes von sich aus verfügte. Im Gegenteil. Und wie von uns richtig vorausgesehen wurde, ist durch die sofortige Arbeitsniederlegung in Berlin die durch die unverständige Haltung der Unternehmer erzeugte Unruhe in Gehilfenkreisen explosiv zum Ausdruck gekommen. Diese Unruhe ist aber nicht nur in Berlin zu verzeichnen, sondern allerorts ist, wie die Versammlungsergebnisse zu Genüge beweisen, in der Gehilfenschaft der Wille lebendig, für geleistete Arbeit auch einen entsprechenden Lohn als Gegenleistung zu fordern und sich für diese Forderung auch entsprechend einzusetzen. Der ausgesprochenen Kündigung in Hildesheim und anderen Städten dürften deshalb weitere folgen und damit ein Kampf im Formstechergewerbe in erheblichem Umfange heraufbeschworen werden, sofern die Unternehmer nicht rechtzeitig erkennen, daß ihr in Hannover gemachtes Lohnangebot weder der Leistungsfähigkeit des Gewerbes noch den gerechten Forderungen der Gehilfen entspricht.

Wenn wir die Situation im Unternehmerlager richtig beurteilen, geht die Absicht eines Teiles der Unternehmer dahin, noch eine kleine Lohnerhöhung zu bewilligen, während ein anderer Teil dafür ist, die Aussperrung zu verfügen, sofern zu dem verfügbaren Stundenlohn die Arbeit nicht aufgenommen wird. Nach Angabe dieser Unternehmer sei das Gewerbe nur schwach beschäftigt, die gewerbliche Lage also keineswegs rosig, weshalb höhere Löhne nicht gezahlt werden könnten. Wenn die Gehilfen zu den von den Unternehmern angebotenen Lohn nicht arbeiten wollen und die Differenzen auf die Spitze treiben, dann solle doch mit der allgemeinen Kündigung geantwortet werden, die vielen Unternehmern nur angenehm wäre, da doch nichts zu tun sei.

Die Unternehmerbehauptung, daß der gewerbliche Geschäftsgang ein schlechter sei, glaubt ihnen vielleicht ein Nußknacker, aber kein Formstecher. Dagegen spricht zu sehr der Bericht des Arbeitsnachweises, der die verlangten Arbeitskräfte nur mit Mühe beschaffen konnte. Nein, gewerbliche Arbeit ist zur Genüge vorhanden! Woran es zum Teil hapert, sind die Preise, zu denen ein Teil der Arbeiten hereingenommen worden sind. Und dafür, daß ein Teil Stiche zu Preisen hereingenommen worden ist, zu denen bei einem auskömmlichen Gehilfenlohn eine anständige Arbeit schlechterdings nicht hingelegt werden kann, sollen die Gehilfen im Lohne zurückbleiben. Dazu liegt weder Lust noch Neigung vor. Vielmehr verlangt das Gewerbeinteresse, daß durch ausreichende Löhne der Preisschleuderei wenigstens in etwas Ein-

halt getan wird. Wenn schon die Formstechereibesitzer sich nicht dazu aufschwingen können, durch eine feste Preispolitik der Preisunterbietung zu Gunsten der Tapetenfabriken zu Leibe zu gehen, soll dieses gewerblichschädigende Tun wenigstens nicht noch durch eine nachsichtige Lohnpolitik der Gehilfen unterstützt werden.

Obwohl also nicht der geringste Anlaß für die Gehilfen vorliegt, von ihren berechtigten Lohnforderungen Abstand zu nehmen und mit dem Unternehmerangebot zufrieden zu sein, raten wir im Interesse des Gewerbes, sich erneut an den Verhandlungstisch zu setzen und einen für beide Teile tragbaren Ausgleich zu suchen. Wir raten das um deswillen, weil wir in einem Austrag der Gegensätze mit allen Mitteln nur eine Schädigung beider Teile erblicken. Es ist unsere Meinung nach falsch, ja, es muß sogar für das Gewerbe verhängnisvoll sein zu verkennen, daß das Formstechergewerbe nur ein Zwischengewerbe ist. Denn bisher hat die Geschichte immer bewiesen, daß in einem Machtkampfe die Zwischengewerbe die Leidtragenden gewesen sind und alle Opfer auf sich nehmen mußten. Im graphischen Gewerbe ist die Privatlitographie ein sprechendes Beispiel hierfür. Nur weil wir es im Interesse beider Teile des Gewerbes liegend erachten, raten wir, den Lohnkonflikt nicht über das Maß seiner Berechtigung auszuweiten. Beharren die Formstechereibesitzer bei ihrer eingenommenen Stellung, dann dürfte eine schwere gewerbliche Erschütterung unvermeidlich sein. Die muß aber im Interesse des Gewerbes vermieden werden. Der einzige Weg dazu aber ist, daß man sich erneut an den Verhandlungstisch setzt. Wir fordern deshalb, daß die beiden Vertragsparteien sich schnellstens über die Führung neuer Lohnverhandlungen verständigen und eine für beide Teile tragbare Regelung der tariflichen Mindestlöhne zu finden suchen. Nicht Schwäche ist es, die uns diesen Rat erteilen läßt. Denn ob die Formstechergehilfen im Kampfe stehen oder nicht, ist für den Verband keine Existenzfrage. Wohl aber kann er die Existenz des Gewerbes in seiner jetzigen Form tangieren. Da die bestehende Lohn Differenz uns nicht groß genug erscheint, um sie zur Machfrage zu machen, treten wir für neue Verhandlungen ein. Die Unternehmer sollten im Eigeninteresse Gelegenheit nehmen, neuen Lohnverhandlungen die Wege zu bereiten.

Jugend.

Jede Bewegung kämpft um die Jugend, und jede Bewegung sieht in diesem Kampfe um die Jugend ihre vornehmste Aufgabe, weil ihr mit der Eroberung der Jugend die Zukunft gesichert ist. Doch gehört Jugend nicht in jede Bewegung. Jugend gehört nur in die Bewegung, die ein Vorwärts kennt, und wenn sie nur rückwärts schaut, dann ist Jugend alt. Darum konnte der General Daimling, der begeisterte Organisator des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, jetzt mit Recht erklären, daß er sich mit seinem frohen Zukunftsglauben trotz seiner 72 Jahre jung vorkomme, während die Jugend, deren Gedanken da heute immer nur in der vergangenen Zeit lebt, in Wirklichkeit alt ist.

Nicht deshalb schon ist Jugend Zukunft, weil sie jung an Jahren ist. Jungsein heißt glauben und begeistert vorwärts schauen und die Welt weiter führen zu neuer Höhe. Wer wahrhaft jung ist, der tritt wie ein Kind an das Leben heran, unbeflügelt, ohne eine von anderen vererbte Einstellung, als Suchender, Fragender. Der verlangt von der Zeit nicht die Welt seines Vaters; der will die Welt der Jugend, die Welt der Freiheit, die Welt des kämpfenden Glaubens. Der versteht auch, daß seine Zeit vielleicht ein grundsätzlich Neues erstrebt, daß er am Beginn steht einer von Grund auf neuen Periode der Welt. Und der weiß dann, daß er in sich eine historische Verantwortung gegen seine Zeit hat.

Und wenn auch jede Bewegung um die Jugend kämpft, die Jugend gehört nur in die Bewegung, die im Sinne dieser geschichtlichen Aufgabe der Jugend gerichtet ist: Wo die revolutionäre Gestaltung des Lebens im Sinne einer neuen, besseren Periode der Menschheit fehlt, da ist kein Platz für die Jugend. Nicht reden und predigen, sondern gestalten und formen! Das Leben bilden! Und darum nicht ästhetisieren und philosophieren und moralisieren, sondern ins lebendige Dasein, in den Kampf um die Wirtschaft, in das Ringen um das Recht auf Existenz hinein und aus diesem Kampfe um den Menschen heraus die neue Sittlichkeit, die neue Philosophie, die neue Religion, die neue Geschichte, die neue Zeit!

Hier ist der Kampfplatz für die Jugend. Hier diesen Kampf um Existenz, als der Voraussetzung zum Menschen, durchglücken mit dem lebendigen Idealismus einer lodernen Seele, hier in diesen wirtschaftlichen Kampf des Alltags hineinragen die Idee der Freiheit und aus diesem organischen Wurzelfassen im Boden des

Rechts heraus blühen lassen den Menschen, den neuen Menschen, das ist jugendliche Tat! Das ist die heilige Aufgabe der Jugend.

Nicht links und nicht rechts! Nur hier ist der Weg! Nicht reden vom Altem. Aber auch nicht mit leeren, großen, scheinrevolutionären Worten reden vom Neuen. Der neue Geist verbunden mit der Wirklichkeit. Aus der Wirklichkeit der Gegenwart organisch herausreifen, voll stürmenden Mutes und doch im klaren Bewußtsein des Zwangs der Verhältnisse.

Auch Perioden werden. Auch Perioden verlangen zum Reifen Zeit. Aber sie können nur werden, wenn der große, lebendige Geist vorhanden, der in Perioden zu fühlen und zu denken vermag, wenn lebendige Seele vorhanden, aber die große lebendige Seele, die sich nicht in Kleinigkeiten und Mißmut verzehrt, sondern Großem lebt, in dem großen Gedanken, in dem großen Sinn der werdenden neuen Periode der Menschheit.

Und Jugend ist die Seele dieser Periode, Jugend, ob an Jahren alt oder jung. Junge Menschen verlangt die werdende neue Zeit, glaubende Menschen mit voller Seele und leuchtendem Blick, denn nur so kann die neue Zeit groß werden.

Internationale Kampfreue.

Vorsicht bei Stellungnahme nach Griechenland.

Daß sich in Deutschland seit der Stabilisierung der Währung manches geändert hat, wird oft recht drastisch belegt durch Mitteilungen aus dem Auslande. Auch Griechenland galt während der Inflation als eines der Länder, wo für den Graphiker noch etwas zu holen sei. Inzwischen ist auch hierin ein Wandel eingetreten, wie eine eingegangene Zuschrift beweist. Infolge der Entwertung des Dinar sind auch die griechischen Kollegen gezwungen, durch Lohnerhöhungen einen Ausgleich zu suchen. Tatsächlich sind in Griechenland die Lebensmittel 25 Prozent und die Kleidungsstücke 50 Prozent teurer als in Deutschland. Wer in Griechenland halbwegs auskommen will, muß als das Mindeste einen Lohn von 3000 Dinar haben. Wer seinen deutschen Lohn einfach nach dem Kurs umrechnen und dann damit in Griechenland leben wollte, käme in des Teufels Küche. Denn Griechenland muß alles, was es braucht, einführen. Und die hohen Zölle, die auf den eingeführten Waren liegen, verteuern sie ganz ungeheuerlich. So aber, wie sich die griechischen Arbeiter ernähren, mit trockenem Brot und Oliven, vermag der deutsche Arbeiter nicht zu leben.

Selbstverständlich bezeichnen die griechischen Unternehmer den jetzt an deutsche Kollegen gezahlten Lohn als sehr hoch und sind auch nicht bereit, den Lohn der griechischen Kollegen den Notwendigkeiten des Lebens anzugleichen. Eine im November eingeleitete Lohnbewegung endete mit dem Unternehmerversprechen, zu Neujahr eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Es gab auch eine Erhöhung des Lohnes, aber eine vollständig ungenügende. Anstatt 40 oder 50 Prozent Lohnerhöhung, die unter allen Umständen notwendig sind, gab es 10 Prozent. Da die Kollegen sich mit dieser „Zulage“ keinesfalls zufrieden geben können, sind sie entschlossen, erneut Lohnforderungen zu stellen und wenn notwendig ihre Forderungen mit allen Mitteln zur Anerkennung zu bringen. Es ist deshalb erforderlich, daß bis auf weiteres jeder Zugang nach Griechenland jerngehalten wird, zumal die Organisation in Griechenland an sich nicht sehr fest ist. Wer eingehendere Informationen über Griechenland haben will — und es ist notwendig, daß jeder Kollege vor seiner Ausreise nach Beendigung der Lohnbewegung diese Information einholt — wende sich an die Adresse des Kollegen Friedrich Götz, Athen, Pancratic Villa „Papachrysanthou“, da die Auskunfterteilung an deutsche Kollegen durch die griechische Organisation infolge Sprachschwierigkeiten mit vielen verzögernden Umständen verbunden ist.

Bekanntmachung.

Nachfolgende Mitglieder wurden auf Grund des § 6 Absatz 2 des Statutes durch Beschluß des Verbandsvorstandes aus dem Verbandsausgeschlossen:

Karl Seeger, Steindruckerei, Buch-Nr. 28 461 auf Antrag der Mitgliedschaft Offenbach a. M.

Josef Großpietsch, Steindruckerei, Buch-Nr. 8155.

Ernst Cronn, Steindruckerei, Buch-Nr. 54 602 auf Antrag der Mitgliedschaft Aitwasser in Schlesien.

Franz Bruer, Formstecher, Buch-Nr. 45 694 wegen Heimarbeit auf Antrag der Mitgliedschaft Braunschweig.

Der Verbandsvorstand.

Mehrere

Maschinenmeister sowie Umdrucker

per sofort gesucht. Ledige bevorzugt.

Fr. Ewers & Co., Lübeck, Blechemballagenfabrik.

Holland! Holland!

Der Vorstand des paritätischen Arbeitsnachweises für die Illustrationsbetriebe in Holland teilt mit, daß sofort und später in den holländischen chemigraphischen Betrieben deutsche Arbeitskräfte Stellung finden können. Chemigraphen, die wünschen in Holland in Stellung zu treten, werden ersucht, Zeugnisabschriften, Lohnansprüche, Angabe des Berufes, Alters und ob verheiratet an Herrn H. Lindeman, Alb. Ghijmstraal 5, Amsterdam zu senden. Anfragen beim Auskunftserteiler in Amsterdam ist nicht nötig.

Der Vorstand.

Mr. H. A. J. A. Niemeijer,
Prinzipalvertreter.

H. Lindeman,
Gehtilfenvertreter.

Wir suchen zum baldigen Antritt:

- 1 An- und Umdrucker
- 1 Schriftlithographen
- 1 Offsetdrucker, 1 Steindrucker

der sich an der Offsetmaschine einarbeiten will, bei guter Bezahlung und angenehmen Arbeitsverhältnissen. Reise wird vergütet. Angebote von tüchtigen, ledigen Leuten erbeten an:

Astra-Werke G. m. b. H., Saarlouis (Saargebiet).

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen erfahrenen

RETUSCHEUR KOPIERER

der auch einfache Schrift zeichnen kann. Ferner einen tüchtigen

für Zink und Kupfer, sowie für Übertragung auf Stein und Offset. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderungen bitten wir zu richten an die Graph. Anstalt der Friedr. Krupp Aktien-Gesellschaft, Essen.

Mehrere tüchtige Maschinen-Retuscheure

in angenehme Dauerstellung gesucht

E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart, Hackstraße 77.

Tüchtige Lithographen

welche sich in Kartographie, techn. Zeichnungen, graphische Tafeln einarbeiten wollen, in gut bezahlte Dauerstellung sofort gesucht. Angebote mit Mustern, Lohnansprüchen und kleinem Lebenslauf erbeten an
Joh. Roth sol. Ww., G. m. b. H., München 2 NW,
Karlstraße 51-53.

Deutsch - Südtirol Tüchtig. Landschaftsphotogr.

mit großem Plattenstock von Meran und Umgebung sucht mit nur erstklassiger lithographischer Anstalt, welche auch Rotationsphotos herstellt, zwecks ALLEIN-VERTRETUNG für ganz Deutsch-Südtirol in Verbindung zu treten.

Rudolf Stricker, Landschaftsphotograph
Meran-Untermals, Grabmajrstraße 39 II (Italien).

Wegen weiterer Vergrößerung suchen wir noch in dauernde, gut bezahlte Stellen.

Farbenätzer, Positivretuscheure

Angebote mit Zeugnissen, Antrittstermin und Ansprüchen an Dr. v. Löbbbecke & Co., Erfurt

TÜCHTIGE UMDRUCKER

steht sofort ein
Flemming-Wiskott, Akt.-Ges., Glogau i. Schles.

August Schuler Stuttgart
GRAPHISCHE KUNSTANSTALT

sucht zum baldigen
Eintritt tüchtige

Chromolithographen, Farben- ätzer, Maschinen-Retuscheure, Auto- und Strichätzer.

Für unsere Tiefdruck-Abteilung suchen wir sof. einen erfahrenen, tüchtigen

Tiefdruckretuscheur

der gleichzeitig die Reproduktions-Photographie im Tiefdruckwesen beherrscht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Lohnansprüche an Fischer & Wittig, Buchdruckerei, Leipzig-R.

Tüchtiger Umdrucker tüchtiger Lithograph

für Stein und Zink, perfekt im Andrucken, zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. Ebenfalls gesucht.
Schillerwerke Godesberg A.-G., Godesberg a. Rh.

Wir suchen zum baldigsten Eintritt einige tüchtige, sauber arbeitende

Autoätzer

die etwas nachscheiden können. Es ist Gelegenheit geboten, sich im Farbenätzen einzuarbeiten. Herren, denen an dauernder, angenehmer Stellung gelegen ist, wollen ihr Angebot an Astra-Werke G. m. b. H., Saarlouis (Saargebiet) einsenden. Reise wird vergütet.

Wir suchen zum sofortigen oder baldigen Eintritt tüchtige

Farbätzer und Autoätzer.

Mit Zeugnisabschriften zu melden bei

Zerreiß & Co., Graph. Kunstanstalt
Nürnberg.

Wir suchen per sofort

- 1 perfekten Autoätzer,
- 1 perfekten Farbätzer,
- 1 Andrucker für Schwarz u. Farben.

Bewerbungen unter Beifügung der bisherigen Tätigkeit mit Angabe der Lohnforderung sind zu richten an: A. Gäbler & Co., München, Schellingstr. 41.



Ätzer Retuscheure Photographen

in angenehme Dauerstellung
A. Jüllich, Chemnitz.

Auto- und Farbätzer

Wir suchen tüchtige, selbständige...
in Dauerstellung.
J. G. Huch & Co., G. m. b. H.,
Braunschweig, Helmstedter Str. 32

Tüchtiger Retuscheur u. Strichätzer

finden angenehme, gutbezahlte Dauerstellung.
Proben und Gehaltsansprüche an
Herm. Kiehne,
Graph. Kunstanstalt und Klischeefabrik,
Köln, Clemensstraße 1.

Formstecher- Werkzeuge

fertigt an aus bestem englischen Stahl. Für jedes gelieferte Werkzeug wird volle Garantie geleistet.
Spezialität:
Vorschläge für Holz und Messing
Feldler- und Sprengisen
Werkzeugschmied

Wilhelm Neveling
Elberfeld, Oststraße 53.

AUGSBURG!

Vorsitzender, Arbeitsnachweis und
Auskunftserteiler
Otto Sauler, Lindenstraße 22, II.

Infolge Betriebserweiterung suchen wir sofort
oder später:

- Positiv-Retuscheure,
- Strichätzer,
- Autoätzer,
- Farbätzer,
- Fräser und Monteur,
- 1 Reprodukt.-Photogr.
für Auto und Strich,
- 1 Kopierer für Klischee
und Stein.

Richard Labisch & Eisler
Graph. Kunstanstalt, G. m. b. H.,
Hamburg 1, Mönckebergstr. 8.